

15 DM-Konsequenzen

Ein Großteil der Studentenschaft der THD hat im SS 71 die unverschämte Erhöhung der Sozialbeiträge um 15,-- DM verweigert und hat so die Hochschule politisch gezwungen, auf die nachträgliche Eintreibung dieses Betrages zu verzichten.

Die Begründung der Studenten für die Verweigerung war, daß das Defizit von 130.000 DM im Jahre 1969 nicht von zu geringen Sozialbeiträgen verursacht war (die Darmstädter Beiträge für das Studentenwerk waren damals die höchsten in Hessen), sondern daß das Defizit aus den Unterhaltungskosten unwirtschaftlicher Altwohnheime und der Belastung durch Abschreibungen entstanden war. Und das aufgrund fehlender Neu-Wohnheime und dem Verstoß des Landes gegen seine gesetzlichen Zuschußpflichten, also einer völlig verfehlten Sozialpolitik im Ausbildungsbereich.

Die Hochschule, deren Spitze selbst erklärte, daß ihr sogar die rechtliche Möglichkeit der Eintreibung fehle, versuchte dennoch unter der Hand Druck auf Studenten auszuüben, die sich exmatrikulieren wollten. So wurde z. B. Ausländern vom Auslandsamt gedroht:

"Leider haben sich die Beiträge für das Studentenwerk zwischenzeitlich um DM 15,-- erhöht, so daß ich Sie bitten muß, diesen Betrag ... zu überwiesen, wenn Sie Wert darauf legen, daß Ihnen das SS 71 anerkannt wird. Mit ... den besten Wünschen für Ihr persönliches Wohlergehen ..."

Hier erweist es sich, wie wir eine "progressive" Hochschulspitze einschätzen müssen, die duldet, daß ihre Verwaltung sich einfach über die berechtigten Interessen von 7.000 Studenten hinwegsetzt.

Auch ohne irgendwelchen Drohungen ausgesetzt zu sein, haben leider sehr viele Studenten sich durch einen trügerischen Wisch des Präsidenten dazu verleiten lassen, die 15,-- DM einfach zu bezahlen. Aufgrund unserer weitgestreuten Informationen hätten sie erkennen können, daß sie diesmal das Geld nicht schweren Herzens für einen begehrten Konsumartikel springen lassen, sondern schlichtweg zu den Fenstern nicht vorhandener Wohnungen hinauswerfen. Sie werden nämlich für die erhöhten Sozialbeiträge nicht die Bohne mehr an Gegenleistung erhalten. Aber aus Fehlern kann man lernen. Wir hoffen, daß bei nächster Gelegenheit die bewußte Solidarität größer ist.

Wie sehr das nötig ist, zeigt die neueste politische Entwicklung des Landes. Die Studentenwerke, die ihre sozialen Aufgaben hauptsächlich durch gesetzlich geforderte Zuschüsse des Landes wahrnehmen bzw. bei mangelnden Zuschüssen nicht ausreichend wahrnehmen können, diesen Studentenwerken will der SPD-Landtagsfraktionsvorsitzende Reitz mehr auf die Finger sehen und sie sogar zu reinen Selbsthilfe-organisationen zurückentwickeln.

Wißt Ihr was das heißt?

1. Ausgliederung der Wohnheime und Übergabe in die schmutzigen Hände privater Träger, die die Mieten nur mit Rücksicht auf ihre Rentabilität "gestalten" werden (also Mietpreiserhöhung um 50 % von 100 auf 150 DM für kaserniertes Wohnen)
2. Verwaltung der Mensen durch die Hochschule. Keine wesentliche Erhöhung der Essenszuschüsse des Landes, d. h. die Mahlzeiten bleiben weiterhin "preiswert" und nach Qualität - gesundheitsgefährdend.

3. Nach der auch von uns angestrebten Einbringung der studentischen Krankenversicherung in die allgemeine Krankenversicherung bleiben dem Studentenwerk entweder solche uninteressante Selbsthilfeeinrichtungen, für die sich kein Beitrag lohnt, oder es ist gezwungen, die asoziale Sozialpolitik des Landes durch kostspielige Einrichtungen wie z. B. Kindergärten mit den entsprechend hohen Selbsthilfebeiträgen auszugleichen.

In diesem Fall wird also der durch unzureichende Ausbildungsförderung demoralisierte und durch geschmacklich getarnte Fehlernährung zermürbte Durchschnittsstudent von Wuchermieten, üblich hohen Krankenkassenkosten und erheblichen "Selbsthilfe"beiträgen belastet.

Wollen wir das?

Wollen wir uns das im Angesicht der Wohnraumkatastrophe bieten lassen, die im WS zum sozialen numerus clausus führt: Von den 2000 neuen Studenten werden mit Sicherheit 80 % in Darmstadt und näherer Umgebung keine Wohnung finden.

Von der Verantwortung dafür kann sich keiner der führenden Parteien lossagen, auch nicht CDU¹Sälzer, wenn er in gewohnter Unverfrorenheit die Notlage benutzt, um der SPD eins auszuwischen, mit der ihn ansonsten finanzielle Interessengleichheit verbindet.

Ein sozialer numerus clausus liegt nicht erst vor, wenn Studenten, durch ihre soziale Lage völlig entmutigt, ihren Studienplatz garnicht erst einnehmen; sondern schon dann, wenn ein Teil der eingeschriebenen Studenten aufgrund weiter Anfahrtswege, ungesunder Wohnverhältnisse, zerstörten Sozialkontakts usw. und nicht zuletzt durch schlechte Vorbildungsinstitutionen so benachteiligt werden, daß sie dem stupiden, mechanistischen Studien- und Prüfungssystem nicht gewachsen sind.

Hier kommt dem Bau neuer Studentenwohnungen große Bedeutung zu. Vor einigen Jahren errechnete das Deutsche Studentenwerk einen Wohnheimbedarf von 30 % der Studierenden. Diese Zahl wurde weder annähernd erreicht (Stand z. Zt. um 10 %), noch reichen 30 % heute aus.

Indem das Land Hessen nach jahrelangem Warten jetzt den Anschein erweckt, als sei die Finanzierung für das studentische Wohnungsprojekt "Karlshof" in Darmstadt gesichert, (was vielleicht nichts anderes ist als die übliche Hinhaltenaktik) versucht es der Studentenschaft damit den Prozeß gegen die Beitragserhöhung abzuhandeln.

- Wir werden nicht mit uns handeln lassen. Unser Prozeß hat das Kultusministerium beunruhigt wie ein Stich in den Ameisenhaufen. Man ist sich dort nur zu gut bewußt, daß das Land selbst durch unzureichende Investitionen im studentischen Wohnungsbau die Finanzmisere des Studentenwerks verursacht hat, eine Misere, die schon längst über die Größenordnung hinausgewachsen ist, die 15,-- DM Beitragserhöhung reparieren könnte.

Der Karlshof muß unabhängig von jedem Prozeß sowieso gebaut werden. Genauso sicher ist, daß die Wohnungsnot der Studenten in Darmstadt dadurch, trotz 800 neuer Bettplätze (also einer Verdoppelung der jetzigen Wohnheimkapazität), nicht gemildert wird. Denn bis zur Fertigstellung wird die Studentenzahl erheblich gewachsen sein.

Für die Studentenschaft und besonders für die Studienanfänger heißt es daher, ab diesem Semester intensiver als bisher das jetzige Studiensystem anzugreifen und umzugestalten, die Wohnungsnot der Studenten, Arbeiter und anderer finanziell schwach gestellter Bevölkerungsteile politisch zu bekämpfen, und so dazu beizutragen, die soziale Misere des ganzen Systems und deren Ursachen weitgehend zu beseitigen.